Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8411**

16. Wahlperiode 05. 03. 2008

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Frank Schäffler, Martin Zeil, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Interventionistische Industriepolitik bei der Verwertung von indirektem Bundesvermögen wie der Deutschen Postbank AG wirksam unterbinden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es gibt öffentliche Bemühungen der Bundesregierung, die Deutsche Postbank AG mit der Commerzbank AG zusammenzuführen. Hintergrund dieser Anstrengung ist die Schaffung eines zweiten großen privaten Kreditinstituts als „nationaler Champion“. Dies ist Ausdruck interventionistischer Industriepolitik.

Eine interventionistische Industriepolitik staatlicher Institutionen zur Schaffung „nationaler Champions“ ist mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar. Die staatliche Steuerung unternehmerischer Entscheidungen widerspricht den ordnungspolitischen Grundprinzipien des deutschen Wirtschaftssystems. Insbesondere eine staatlich gelenkte Zusammenführung von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen oder Unternehmensteilen verstößt gegen die Grundsätze des freien Marktzugangs, des freien Wettbewerbs, der freien Preisbildung durch Angebot und Nachfrage und damit letztlich gegen Privateigentum und Vertragsfreiheit.

Darüber hinaus begründet eine interventionistische Industriepolitik analoge Abschottungsreflexe in Partnerländern. Ein erfolgreiches Engagement deutscher Unternehmen im Ausland setzt transparente, diskriminierungsfreie und ergebnisoffene Investitionsmärkte in Deutschland voraus. Mit ungefähr 800 Mrd. Euro deutscher Direktinvestitionen, von denen nahezu die Hälfte außerhalb der EU (25) erfolgt, profitiert die Bundesrepublik Deutschland vom Vertrauen anderer Länder. Hierbei sind vor allem auch die Investitionen deutscher

Unternehmen in ausländischen Staatsunternehmen und deutscher Staatsunternehmen in ausländischen Unternehmen hervorzuheben.

Vor diesem Hintergrund müssen Tendenzen zu einer interventionistischen Industriepolitik wirksam unterbunden werden. Dies gilt auch für die Verwertung von indirektem Bundesvermögen, also Vermögen, das Teil eines privaten Unternehmens ist, bei dem der Bund (Mehrheits-)Gesellschafter ist. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) fordert deshalb im Interesse der Aktionäre der Deutsche Post AG – und damit indirekt im Namen zahlreicher Riester-Renten-Vorsorger – eine offene Auktion der entsprechenden Beteiligung an der Deutsche Postbank AG. Ein transparentes, diskriminierungsfreies und ergebnisoffenes Veräußerungsverfahren mit dem Ziel der Maximierung des Veräußerungserlöses kann eine interventionistische Industriepolitik vermeiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- eine interventionistische Industriepolitik zur Schaffung „nationaler Champions“ durch eine staatlich gelenkte Zusammenführung von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen oder Unternehmensteilen zu unterlassen;
- hierbei insbesondere bei der Verwertung von indirektem Bundesvermögen grundsätzlich auf strikte Vereinbarkeit des Veräußerungsverfahren mit Artikel 157 Abs. 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken, welcher die Einführung irgendeiner Maßnahme (zur Schaffung „nationaler Champions“), die zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte, untersagt;
- bei der Verwertung von indirektem Bundesvermögen grundsätzlich auf strikte Vereinbarkeit des Veräußerungsverfahren mit § 63 Abs. 3 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung hinzuwirken, nach dem Vermögensgegenstände nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden dürfen;
- hierbei insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Feststellung des vollen Wertes des indirekten Bundesvermögens durch ein transparentes, diskriminierungsfreies und ergebnisoffenes Veräußerungsverfahren ermittelt wird – im Allgemeinen und bei der möglichen Veräußerung von Anteilen der Deutsche Post AG an der Deutsche Postbank AG im Rahmen eines Auktionsverfahrens;
- vor der Verwertung von indirektem Bundesvermögen die Rechte des Bundes als Gesellschafter grundsätzlich für die Einberufung der Hauptversammlung zu nutzen, mit dem Ziel, den Vorstand des Beteiligungsunternehmens durch Hauptversammlungsbeschluss zu einem transparenten, diskriminierungsfreien und ergebnisoffenen Veräußerungsverfahren zu verpflichten, welches der Erzielung eines maximalen Veräußerungserlöses beispielsweise durch Auktionsverfahren dient.

Berlin, den 5. März 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333